

Medienmitteilung

Stationäre Angebote für Menschen mit Behinderung besser planen

Solothurn, 1. Oktober 2021 – Die Sozial- und Gesundheitskommission hat die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2025 für erwachsene Menschen mit Behinderung verabschiedet. Damit sollen die Planung stationärer Angebote und das Zusammenleben auf Augenhöhe von Menschen mit und ohne Behinderung gestärkt werden.

Die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2025 für erwachsene Menschen mit Behinderung soll dabei helfen, stationäre Angebote künftig besser zu planen: Einerseits soll der Bericht aufzeigen, wie viele Plätze in Werkstätten und Behindertenheimen es braucht. Gleichzeitig entwickeln sich auch im Kanton die Möglichkeiten zusehends; Menschen mit Behinderung sollen die Wahl zwischen verschiedenen, auch halbstationären oder ambulanten Angeboten haben und so eher darüber entscheiden können, wie sie leben wollen. Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat die entsprechende Analyse und Planung mit grosser Mehrheit zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

Einführung eines Armutsmonitorings

Trotz nationaler und internationaler Ziele gelingt es nicht, die Zahl von armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz zu reduzieren. Zusätzlich wird die Anzahl betroffener Menschen aufgrund der Coronakrise weiter ansteigen - die Folgen sind noch lange nicht ausgestanden. Um die Armut wirksam zu bekämpfen, fordert der Auftrag Luzia Stocker (SP, Olten) die Erarbeitung eines kantonalen Armutsmonitorings.

Hintergrund des Vorstosses ist eine von den eidgenössischen Räten angenommene Motion, die vom Bundesrat ein regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz verlangt. Damit der Bund diesem Auftrag nachkommen kann, ist er auf die Mitarbeit der Kantone angewiesen. Um die notwendigen Abklärungen vornehmen zu können, soll im Rahmen eines Vorprojektes durch die Berner Fachhochschule die Machbarkeit geprüft werden. Dieses soll als Entscheidungsgrundlage dienen, ob der Kanton Solothurn ein eigenes Armutsmonitoring einführt oder ob das nationale Monitoring abgewartet werden soll.

Ferner hat die Sozial und Gesundheitskommission dem Voranschlag 2022 in den Bereichen Gemeinden und Zivilstandsdienst, Gesellschaft und Soziales, Führungsunterstützung Departement des Innern sowie Gesundheitsversorgung zugestimmt.

Weitere Auskünfte

Luzia Stocker, Präsidentin SOGEKO, 076 537 17 30